Generalüberholung benötigten Arbeitszeiten um nicht mehr als 50% überschreiten.

§ II

Über alle ausgeführten Arbeiten haben die Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstätten genaue Unterlagen zu führen, die es ermöglichen, die Kosten der ausgeführten Arbeiten festzustellen und zu kontrollieren. Die Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstätten haben für alle Arbeiten den Abnehmern genau detaillierte Rechnungen zu erteilen.

Berlin, den 20 Juni 1950

Ministerium der Finanzen

I.V.: Rumpf
Staatssekretär

Zweite Durchführungsbestimmung
zur Preisverordnung Nr. 73 — Preisbildung
im Kraftfahrzeug-Handwerk.

Vom 20. Juni 1950

Zur Durchführung der Preisverordnung Nr. 73 vom
17. Juni 1950 — Verordnung über die Preisbildung
im Kraftfahrzeug-Handwerk (GBl. S. 592) wird folgendes bestimmt:

Auftragannahme

§ 1

Bei Übergabe eines Kraftfahrzeuges bzw. eines Kraftfahrzeugteiles zur Reparatur nehmen der Auftraggeber und der Auftragnehmer eine Annahme-Übergabe-Akte auf, welche nach Unterzeichnung beider Partner die Grundlage für den Beginn der Reparatur darstellt. Weiterhin wird ein Reparaturauftrag aufgestellt; in ihm wird der Umfang der Reparatur festgelegt. Auftraggeber ist der Fahrzeughalter.

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Instandsetzung in dem Umfang durchzuführen, in welchem dies in dem Reparaturauftrag festgelegt ist. Vor Beginn der Instandsetzung ist auf Verlangen des Auftraggebers vom Auftragnehmer ein Kostenvorschlag aufzustellen.

(2) Sollte der Auftragnehmer bei der Instandsetzung die Ausführung zusätzlicher Arbeiten als notwendig erachten, so kann der Umfang der Arbeiten bei Aufstellung eines vom Auftraggeber gewünschten Kostenschlages bis zu 15% überschritten werden. Zusätzliche Arbeiten, die über diesen Umfang hinausgehen, werden nach erneuter Vereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer durchgeführt.

(3) Haben sich im Laufe der Reparatur Mängel herausgestellt, die die Verkehrssicherheit des Fahrzeuges beeinträchtigen, deren Beseitigung vom Auftraggeber jedoch nicht gebilligt wurde, so hat die Reparaturwerkstatt auf dem Rückmeldeschein an die Kraftverkehrsdienststelle zu vermerken, daß das Fahrzeug infolge der nicht durchgeführten Arbeiten in nicht verkehrssicherem Zustand ist.

(4) Die zwecks Abgabe eines Kostenschlages vom Auftragnehmer gemachten Leistungen werden dem Auftraggeber auch dann berechnet, wenn es nicht zur Ausführung der Instandsetzung oder nur zu einer solchen in abgeänderter Form kommt.

§ 3

(1) Die Vereinbarungen zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für die Beteiligten nur verbindlich, wenn der Auftraggeber dem Auftragnehmer einen die Vereinbarungen enthaltenden Reparaturauftrag ausgestellt oder der Auftragnehmer den Auftrag schriftlich bestätigt hat.

(2) Die Entgegennahme und Weitergabe telefonischer und telegrafischer Aufträge gehen auf Gefahr und Rechnung des Auftraggebers.

§ 4

Bei Übernahme eines Kraftfahrzeuges oder Kraftfahrzeugteiles zur Instandsetzung setzt der Auftragnehmer gemeinsam mit dem Auftraggeber den Liefertermin fest. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine vereinbarte Lieferfrist einzuhalten. Erhöht sich der Arbeitsumfang auf Grund des § 2 gegenüber dem ursprünglichen Auftrag, so tritt eine entsprechende Verschiebung des Liefertermins ein. Eine sonstige Änderung des Liefertermins darf nur in beiderseitigem Einverständnis erfolgen. In Fällen von Lieferungsverzögerungen hat der Auftragnehmer in jedem Fall den Auftraggeber in Kenntnis zu setzen.

§ 5

Wird der vereinbarte bzw. im beiderseitigen Einverständnis verlängerte Liefertermin nicht eingehalten, so zahlt der Auftragnehmer an den Auftraggeber eine Konventionalstrafe in Höhe von 2% vom Rechnungswert für jeden angefangenen Monat nach Ablauf des vereinbarten Liefertermins. Hat der Auftragnehmer nachweisbar keinen Einfluß auf die Ursachen der Verzögerung (z. B. bei höherer Gewalt oder bei Anordnungen höheren Ortes, die ihn an der Durchführung der Arbeiten hinderten), so ist er zur Zahlung einer Konventionalstrafe nicht verpflichtet. Es ist ihm vom Besteller ohne Entschädigung eine angemessene Nachfrist zu gewähren.

II.

Durchführung der Instandsetzungsarbeiten

§ 6

Der Auftragnehmer führt die Instandsetzung bei gleichzeitiger Wiederherstellung oder Ergänzung der für die Instandsetzung notwendigen Teile — entsprechend dem nach § 1 erteilten Auftrag bzw. nach dem gemäß § 2 aufgestellten Kostenschlag — durch.

§ 7

(1) Nach Beendigung jeder Instandsetzung ist das Kraftfahrzeug von dem für die Endkontrolle in der Werkstatt Verantwortlichen nach den Punkten des hierfür vor geschriebenen Formblattes zu prüfen. Die einzelnen Punkte sind von ihm abzuzeichnen.

(2) Durch seine Unterschrift hat der Verantwortliche zu bestätigen, daß das Kraftfahrzeug in allen Punkten der ausgeführten Arbeiten in Ordnung ist.

§ 8

Nach erfolgter Generalreparatur eines Kraftfahrzeuges ist vom Auftragnehmer eine Probefahrt von mindestens 30 km durchzuführen. Nach der Generalreparatur einzelner Kraftfahrzeugteile sind dieselben auf dem Prüfstand oder im Fahrzeug zu erproben. Die hierzu erforderlichen Betriebsstoffe sind vom Auftraggeber rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.